

Deutschland

Herr Ulbrich gegen Biontech

Wegen mutmaßlicher Gesundheitsschäden durch die Coronaimpfung versuchen Hunderte Menschen, vor Gericht Schadensersatz und Schmerzensgeld zu erstreiten. Viele Kläger vertritt offenbar ausgerechnet ein Anwalt, der Verschwörungserzählungen verbreitet.

An einem Montag Mitte Juni läuft Rechtsanwalt Tobias Ulbrich vor dem Landgericht in Hamburg auf und ab, er trägt einen hellgrauen Anzug, dazu schwarze Schuhe, die Aktentasche ist von Gucci und der Hosengürtel ist es auch, mit einer Schnalle, groß wie ein Bierdeckel. Ein schwerer Ring steckt an seiner rechten Hand. Ulbrich verteilt eine Pressemitteilung in eigener Sache an die anwesenden Journalistinnen und Journalisten, es geht darin um seinen Kampf gegen die Hersteller von Coronaimpfstoffen. RTL ist da, Sat.1, die »Bild«-Zeitung und viele andere Medienhäuser mehr. Für Ulbrich ist die juristische Auseinandersetzung ein Duell wie das von David gegen Goliath. Und man wisse ja, wie das ausgegangen sei, sagt er.

Nach eigenen Angaben vertreten sein Partner und er 1400 Mandanten, die mutmaßlich durch eine Coronaimpfung krank geworden sind und Schadensersatz fordern. An diesem Morgen hätte der bundesweit erste Prozess gegen Biontech starten sollen, Aktenzeichen 335 O 117/22. Die Klägerin ist eine Ärztin. Sie sagt, sie leide seit der Injektion mit dem Coronaimpfstoff, der unter dem Namen Comirnaty vertrieben wird, an Schmerzen im Oberkörper und Schwellungen der Extremitäten, an Erschöpfung, Müdigkeit, Schlafstörungen. Sie verlangt mindestens 150.000 Euro. Für die mündliche Verhandlung ist Ulbrich aus Düsseldorf angereist, wo sich seine Kanzlei befindet. Dass das Gericht den Termin eine halbe Stunde vor Beginn abgesagt hat, wundert ihn nicht, er hat die Vertagung schließlich provoziert. Ulbrich hält den Richter für befangen und möchte, dass man ihm das Verfahren wegnimmt. Er steht jetzt vor einem Strauß aus Mikrofonen und sagt, er vermute, der Richter habe sein Urteil bereits gefällt und beabsichtige, die Klage abzuweisen. Die Sonne brennt, aber Ulbrich schwitzt nicht.

Er sagt, er habe schon 250 Klagen gegen Biontech und Moderna eingereicht. Ab Anfang August gebe es ständig Verhandlungen, »fast jedes Landgericht ist versorgt«. In München, Frankenthal, Frankfurt am Main und Dresden sind Prozesse angesetzt, manchmal zwei an einem Tag. »Dann geht es richtig los«, sagt Ulbrich. Und klingt, als könnte er es kaum erwarten.

Fast alles an ihm wirkt übertrieben, und seine demonstrative Souveränität erscheint ein wenig peinlich. Das Bundesministerium für Gesundheit zum Beispiel weiß nur von 215 Klagen gegen die beiden Impfstoffhersteller, und längst nicht alle davon gehen auf Ulbrich zurück.

Trotzdem gilt Ulbrich als Hoffnung vermeintlicher Impfpfopfer, sie wenden sich anscheinend vor allem an ihn. Laut eigener Aussage haben sein Partner und er schon mehr als 4000 erste Beratungsgespräche geführt. Die Frage ist, ob die Leute wissen, wie er über das Coronavirus, die Pandemie und das Impfen denkt. Oder ob sie ihm vertrauen, gerade weil er Verschwörungserzählungen verbreitet.

Tobias Ulbrich hat behauptet, der Microsoft-Gründer Bill Gates wolle mit der Coronaimpfung in Deutschland die Einwohnerzahl auf 27 Millionen reduzieren. Er hat den Verdacht geäußert, das Coronavirus und die Impfstoffe von Biontech und Moderna könnten biologische Kampfmittel sein. Die Pandemiepolitik ist für ihn »Vaccinalsozialismus« gewesen. In einem mittlerweile gelöschten Tweet bezeichnete er Befürworter der Impfpflicht als Nachfolger des KZ-Arztes und Massenmörders Josef Mengele. Ulbrich prophezeite auch, allein durch den Impfstoff von Biontech könnten in Europa mehr als eine Million Menschen sterben.

Solche Gedanken setzt er noch immer in Umlauf. Fünf Tage nach dem Auftritt in Hamburg fragt er auf Twitter, was man alles tun könnte, um vom Thema Impftote abzulenken: »Behaupten, es seien im Sommer alles Hitzetote? Journalisten und Medien dafür bezahlen? Fokus auf Ukrainekrieg legen? Oder Klimakleber? Oder Genderfragen?« Jemand, der rhetorische Fragen stellt, erwartet keine Antwort, es geht ihm um die verstärkende Wirkung seiner Aussage.

Wer ist der Mann, der sagt, ihm lägen »alle Menschen am Herzen, die infolge der Impfung gesundheitliche Schäden erlitten haben«? Der Impfpfopfer »nicht im Stich« lassen will. Und der vor zwei Jahren Strafanzeige auch »wegen Völkermord, versuchtem Völkermord und Hochverrats« gestellt hat, und zwar unter anderen gegen die Biontech-Gründer Ugur »ahin und Özlem Türeci, den Virologen Christian Drosten, den damaligen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und »alle nicht aufklärenden Impfpfärzte in den Impfzentren, die den »Impfstoff« ohne Hinweis auf den Zulassungsstatus und die Impffolgen verabreichten«.

Ulbrich hält sich selbst nicht für einen »Querdenker«, sondern als Jurist für einen Logiker. Er ist 51 Jahre alt, geboren in Salzwedel, Sachsen-Anhalt, sein Vater war Pfarrer, seine Mutter Kirchenmusikerin. Studiert hat er an der Indiana University in Bloomington, USA, der Humboldt-Universität zu Berlin und in Belgien an der Katholieke Universiteit in Löwen, so steht es in seinem Lebenslauf. Er ist Fachanwalt für Transport- und Speditionsrecht. Bekannt geworden ist Ulbrich durch den sogenannten VW-Dieselskandal: Seine Kanzlei gewann 2016 für einen Audi-Besitzer den ersten Prozess in Nordrhein-Westfalen, der zur Rückabwicklung eines Kaufvertrags führte. Ulbrich war auch an der Musterfeststellungsklage gegen die Volkswagen AG beteiligt, die in einem Vergleich endete; die Geschädigten erhielten insgesamt 830 Millionen Euro.

Der SPIEGEL hätte gern ausführlich mit ihm über seine Rolle als Vertreter möglicher Impfpflichter gesprochen, doch zu mehr als einem Telefonat kam es nicht. In einer E-Mail schrieb Ulbrich anschließend, dass die Medien für die Pharmakonzerne »ständig die Lüge über die hochwirksamen Vakzine wiederholen müssen« und dass »der Kampagnenjournalismus auf die Abweisung der Klagen gegen die Geschädigten drängt«. Anrufe bei seiner Kanzlei landeten bei einem »externen Sekretariat«, das bei der Terminabsprache nicht weiterhelfen konnte, weil es angeblich keinen Zugriff auf Ulbrichs Kalender hat. Auf Mails, SMS und Nachrichten auf seiner Mailbox meldete sich Ulbrich dann nicht mehr zurück.

Er wirbt in sozialen Medien um Mandantinnen und Mandanten, auf der Videoplattform TikTok etwa erklärt er potenziellen Impfgeschädigten in einem vierminütigen Film, welche Unterlagen er benötige, um zu prüfen, ob eine Forderung auf Schadensersatz vorstellbar ist. Auf seinem Twitteraccount beschreibt er sich als »jur. spezialisiert auf Impfschäden«. Auf der Website seiner Kanzlei steht zu Impfschäden: »Wir setzen Ihre Ansprüche durch. Lassen Sie sich jetzt von unseren spezialisierten Anwälten kostenlos beraten.«

Diese Vorgehensweise hält Martin Huff für fragwürdig. Huff war bis September vergangenen Jahres Geschäftsführer der Rechtsanwaltskammer Köln und zeitweise für Ulbrichs Kanzlei zuständig. Er sagt: »Ich wüsste gern, woher Herr Ulbrich das Selbstbewusstsein nimmt, sich Spezialist für Impffälle zu nennen. Er ist kein Fachanwalt für Medizinrecht. Er stellt sich als etwas dar, was er nicht ist.« Huff verweist auf Paragraph 7 der Berufsordnung für Rechtsanwälte, darin heißt es: »Wer qualifizierende Zusätze verwendet, muss zusätzlich über entsprechende theoretische Kenntnisse verfügen und auf dem benannten Gebiet in erheblichem Umfang tätig gewesen sein.« Auf Ulbrich treffe das nicht zu, findet Huff.

Der Paragraph soll vor selbst ernannten Experten schützen. »Herr Ulbrich weckt eine Erwartungshaltung bei den Leuten, und die wissen gar nicht, auf was und auf wen sie sich da wirklich einlassen«, meint Huff.

Und er hat noch ein Problem mit Ulbrich: Ein Anwalt darf nicht bewusst Unwahrheiten verbreiten. Huff sagt, genau das tue Ulbrich aber. Denn Ulbrich und sein Partner behaupten, es gebe eine Krankheit namens V-Aids, die wohl durch die Impfung mit einem mRNA-Impfstoff ausgelöst werde. Die Abkürzung V-Aids bedeutet »Vaccine-Acquired Immunodeficiency Syndrome«. Dabei soll es sich um eine »Zerstörung oder zumindest eklatante Schwächung der körpereigenen Immunabwehr« handeln; so hat es die Kanzlei in einer Mitteilung veröffentlicht. In dem Text steht, wer an V-Aids leide, habe eine verringerte Lebenserwartung, deshalb kämen als Schadensersatz auch sechsstellende Beträge in Betracht.

Es gibt kein V-Aids.

Huff glaubt, Ulbrich ziehe besonders zwei Sorten von Mandanten an: Da seien zum einen die Menschen, die Hilfe suchen und seine Werbung sehen, die feststellen würden, dass sie bei ihm sämtliche Dokumente in ein paar Minuten im Internet hochladen können, ohne unangenehme Fragen.

Zum anderen kämen Verschwörungsgläubige und Coronakritiker zu Ulbrich, vermutet Huff. »Die sagen sich: Endlich ist da ein Anwalt, der die Dinge sieht wie ich.«

Schon länger tritt Ulbrich im Milieu der Coronaprotektler auf. Er war zu Gast bei »Kontrafunk« und »Politik Spezial«, zwei AfD-nahen Kanälen. Im Februar nahm er teil an einem Symposium der »Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie«, einem Verein von Coronagegnern. Und er saß wiederholt im »Corona-Ausschuss«, einer Versammlung von Kritikern der Coronamaßnahmen. Während der Pandemie warnte ein Teilnehmer, Ungeimpfte könnten in Konzentrationslager gesteckt werden, ein anderer Gast erklärte, im Impfstoff befände sich »so etwas wie lebendige Kraken«.

Ende April war Ulbrich in Sitzung 153 per Videocall zugeschaltet und sprach über die Klagen, die er gegen die Impfstoffhersteller führt. Drei Monate zuvor, in Sitzung 139, hatte er von seiner Strafanzeige erzählt. Sie ist datiert auf den 10. Juni 2021, »an den Generalbundesanwalt am Bundesgerichtshof«. Das Schriftstück mit dem Briefkopf seiner Kanzlei ist 194 Seiten lang.

Es richtet sich gegen »alle Personen, die den ... mRNA-Experimentalstoff von Biontech/Pfizer entwickelten, diesen herstellten, diesen vertrieben, diesen zur Verimpfung zuließen und diesen unwissenden Menschen verabreichten«. Namentlich nennt er 38 Personen. Das Papier ist ein Best-of der Schwurbelei.

Ulbrich schreibt, die Impfung sei »der Schlüssel zur digitalen Erfassung aller Menschen auf der Erde«, der PCR-Test diene dem DNA-Screening einer jeden Person. Die Impfung sieht er als »Implementierung der Sensorik für den Kryptoaccount«. Er prophezeit, die Menschen würden durch das Satellitennetz Starlink von Elon Musk zu »laufenden Leuchtbojen«, weil sich in ihrer DNA ein Leuchtstoff befinde, der durch eine 5G-Mobilfunkquelle angeregt werde. Die Maskenpflicht sei Panikmache gewesen und Machtinstrument der staatlichen Unterwerfung. Lockdowns habe es gegeben, um kleine und mittelständische Unternehmen in die Insolvenz zu treiben. Ziel sei es gewesen, »die Zerstörung des Wirtschafts- und Bankensystems zu erreichen«. Und so weiter und so fort.

Der Generalbundesanwalt kam zu dem Ergebnis, dass Ulbrichs Behauptungen keinen Anfangsverdacht für Straftaten begründeten, für die er zuständig sei.

Wie sich Ulbrich Deutschland wünscht, kann jeder nachlesen. Im Internet gibt es die Seite jetzt-demokratie.de, dort hat er 95 Thesen veröffentlicht, »aus Liebe zum deutschen Volk und dem Verlangen, die Bundesrepublik Deutschland handlungsfähig und zukunftsfähig zu gestalten«. 95 Thesen, ein Reformator wie Martin Luther, so sieht er sich offenbar. Kleiner geht es bei ihm anscheinend nicht.

In These 15 spricht er sich für die Achtung der Menschenwürde aus, in These 16 für eine Grundsicherung von 1500 Euro monatlich für alle Bedürftigen. Er befürwortet die Rettung von afrikanischen Flüchtlingen in Seenot, fordert ein Tempolimit und dass Klimaabkommen einzuhalten sind. So weit, so vernünftig.

Andere Vorstellungen lesen sich wie aus einem Science-Fiction-Roman. So will er 1000 Deutsche in zehn Starships zum Mars schicken, um die Menschheit zu einer »multiplanetaren Spezies« zu machen. Er plant autonom fliegende Elektrotaxis und will »die Entwicklung von Gravitationsantrieben« zur europäischen Aufgabe machen. Ulbrich äußert sich auch zur Pharmaindustrie, These 58: »Niemand soll ein finanzielles Interesse daran haben, mit der Gesundheit anderer zu spielen oder diese in Gefahr zu bringen. Das Strafrecht ist für derartige neue Straftatbestände, wie die vorgetäuschte Infektion über den PCR-Test zum Zwecke des Vertriebs von Impfstoffen mit lebenslanger Haft zu

versehen.«

Der Politikwissenschaftler Josef Holnburger forscht zur Verbreitung von Verschwörungsmmythen und Desinformation. Er sagt, Tobias Ulbrich habe sich sein »geschlossen verschwörungsideologisches Weltbild« aus unterschiedlichsten Fragmenten zusammengebaut. So sei die Erzählung von der Reduktion der deutschen Bevölkerung schon vor der Pandemie in »Reichsbürger«-Kreisen präsent gewesen. Typisch sei die Konstruktion eines allgewaltigen Feindes: eine kleine Gruppe, die mit ihrem Machtapparat der ganzen Welt etwas Böses antun wolle.

Das Besondere an Ulbrich sei, dass er als Anwalt aus Sicht der Verschwörungsgläubigen eigentlich Teil des Machtapparats ist. Indem er sich gegen das System positioniere, werde er zum Whistleblower. »Das führt zu einer starken Wahrnehmung innerhalb der Szene«, sagt Holnburger.

Er findet, Ulbrich halte »irgendwie alles« für einen Impfschaden. Es gebe vermutlich Menschen, die Ulbrich kontaktieren würden, weil er ihnen die Erklärung für eine Erkrankung präsentiere. Diese Erklärung stimme aber nur in den allerwenigsten Fällen, glaubt Holnburger. Es gibt eine Auswertung, die ihn in dem Verdacht bestärkt: Unter den sieben Bundesländern, aus denen pro 100.000 Covid-19-Impfungen die meisten Anträge auf Anerkennung eines Impfschadens bei den Versorgungsämtern kommen, befinden sich alle ostdeutschen Flächenländer. Und dort sei die Zustimmung zu Verschwörungserzählungen rund um das Impfen mit am größten, erklärt Holnburger.

Falls Ulbrich Zusammenhänge konstruiert, die es nicht gibt, würde er unter Umständen den Mandanten schaden, die tatsächlich von der Impfung krank geworden sind. Weil auch ihre Klagen nicht glaubwürdig erscheinen könnten.

Vor dem Landgericht in Hamburg gibt sich Ulbrich für die nächsten Monate optimistisch. Er sagt, vor Gericht müsse man eine »geringe Wahrscheinlichkeit zwischen Impfung und Erkrankung« darlegen; es sei nicht nötig, einen Zusammenhang zwischen Impfung und Schaden zu beweisen.

Aber ganz so einfach ist es vielleicht doch nicht. Das Landgericht Hof hat sich als eines der ersten Gerichte mit einem solchen Fall beschäftigt: Geklagt hatte eine Frau, die eine Darmvenenthrombose auf die Impfung mit AstraZeneca zurückführt. Die Klage wurde abgewiesen. Im Urteil heißt es, der Nutzen der Impfung überwiege ihr Risiko. Die Klägerin, die keine Mandantin von Ulbrich ist, hat Berufung eingelegt.

Tobias Ulbrich hat offensichtlich schon einmal eine Klagewelle losgetreten, die mit Corona zu tun hat. Damals wollte er Schmerzensgeld erstreiten für Menschen, die vor, während und nach einer behördlich angeordneten Quarantäne nachweislich gesund waren und blieben, Reiserückkehrer zum Beispiel. Seiner Auffassung nach hätte so eine Person einen Anspruch auf täglich 250 bis 500 Euro Entschädigung, wegen Freiheitsberaubung.

550 Verfahren hat Ulbrich laut eigener Darstellung geführt. Das Ergebnis sei jedoch »sehr ernüchternd«, so sagt er das selbst. Er habe im Grunde nahezu alle Prozesse verloren.

»Ulbrich stellt sich als etwas dar, was er nicht ist.«

Martin Huff, Rechtsanwalt

»Starke Wahrnehmung innerhalb der Szene«

Josef Holnburger, Verschwörungsexperte

Der »Querdenker«-Anwalt

Bei einer Recherche über Menschen, die bei den Versorgungsämtern beantragt hatten, als Coronaimpfopfer anerkannt zu werden, erfuhr der Redakteur erstmals von Tobias Ulbrich. Er hörte von einer Frau, die mit dem Anwalt geredet und danach wegen seiner absurden Theorien Angst vor ihm hatte, und stieß auf Videos seiner Auftritte in der »Querdenker«-Szene. Ulbrich wollte zuerst mit dem SPIEGEL sprechen, meldete sich dann aber nicht mehr zurück.

Maik Großekathöfer

Bildunterschrift: Rechtsanwalt Ulbrich»Ulbrich stellt sich als etwas dar, was er nicht ist.«

Martin Huff, Rechtsanwalt»Starke Wahrnehmung innerhalb der Szene«

Josef Holnburger, VerschwörungsexperteDemonstrierende bei Protest gegen Pandemiemaßnahmen in Berlin 2020: Lockdown zur Zerstörung der Wirtschaft?

Quelle:	DER SPIEGEL vom 15.07.2023 Seite 30
Rubrik:	Deutschland
Dokumentnummer:	PMG4SPIEGEL-Heftimport-SP20230715-297613_310ebf00-515e-4456-b649-0cd28c464a01

Dauerhafte Adresse des Dokuments: https://www.wiso-net.de/document/SPIE__PMG4SPIEGEL-Heftimport-SP20230715-297613_310ebf00-515e-4456-b649-0cd28c464a01%7CTSPI__PMG4SPIEGEL-Heftimport-SP20230715-297613_310ebf00-515e-4456-b649-0cd28c464a01

Alle Rechte vorbehalten: (c) SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG